FRAKTION IM RAT DER STADT KAMEN

Stadt Kamen
Herrn Hermann Hupe
Rathausplatz 1

59174 Kamen

Kamen, 16. September 2013

D115 – KAMEN AN DIE EINHEITLICHE BEHÖRDENRUFNUMMER ANSCHLIEßEN!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hupe,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Kamen beantragt für Sitzung des Rates der Stadt Kamen am 26. September 2013 den oben genannten Tagesordnungspunkt und bittet um Beratung und Beschlussfassung.

Beschlussvorschlag:
Der Rat der Stadt Kamen beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung, wie und mit welchen finanziellen Auswirkungen Kamen an die deutschlandweit einheitliche Behördenrufnummer „D115“ angeschlossen werden kann. Über das Ergebnis der Prüfung ist der Rat der Stadt Kamen zu unterrichten. Eine Beschlussfassung in der Sache obliegt dem Rat der Stadt Kamen.

Begründung:
Am 18. Dezember 2006 hat der IT-Gipfel der Bundesregierung die Idee einer einheitlichen Behördenrufnummer aufgegriffen. Der Grundgedanke: Das Telefon ist unverändert ein wichtiger Kommunikationskanal zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der öffentlichen Verwaltung. Inzwischen haben rund 26 Millionen Menschen in Deutschland einen einheitlichen Anschluss zur jeweiligen öffentlichen Verwaltung unter der Rufnummer „115“ – nach dem Wunsch der CDU-Fraktion soll auch die Kamener Bevölkerung unter dieser Nummer einen Anschluss finden.

Damit stellt die Einführung der einheitlichen Behördenrufnummer eines der wichtigsten und erfolgreichsten E-Government-Projekte des Bundes dar. Nach Auffassung der CDU-Fraktion soll die Stadt Kamen bei dieser Entwicklung nicht im Abseits stehen, sondern unseren Bürgerinnen und Bürgern diesen Kundenservice der öffentlichen Hand anbieten.

Angesichts der Größe der Stadt Kamen wird sich ein eigenes ServiceCenter „D115“ – insbesondere aus wirtschaftlichen Gründen – nicht lohnen. Daher sind aus Sicht der CDU-Fraktion Kooperationsmodelle entweder mit anderen Kommunen aus dem Kreis Unna oder mit anderen ServiceCentern in der näheren Umgebung denkbar.

Grundsätzlich setzt eine Teilnahme an dem E-Government-Projekt „D115“ eine Investitionsplanung und Wirtschaftlichkeitsberechnung im Vorfeld eines Service-Center-Aufbaus voraus. Denn die Einführung der einheitlichen Behördenrufnummer erfordert im ersten Schritt Investitionen in Personal und Technik. Für kleine und mittelgroße Kommunen, wie wir sie im Kreis Unna haben, böte es sich daher an, die Anrufe in einem gemeinsamen Service-Center zu bündeln, um von den Vorteilen der einheitlichen Behördenrufnummer – ohne umfassende eigene Investitionen tätigen zu müssen – profitieren zu können. Aufgrund möglicher Wirkungen auf das derzeit eingesetzte und künftig einzusetzende Personal ist darüber hinaus nach unserer Auffassung der Personalrat zu beteiligen.

Sofern von einem kreiseigenen Service-Center Abstand genommen werden sollte, ist zu prüfen, ob sich die Stadt Kamen an ein existierendes Service-Center in der Region anschließen lässt.

Hilfreich für den Ausbau der 115 auf kommunaler Ebene ist es auch, dass mit dem so genannten Patenmodell der interkommunale Austausch weiter vorangetrieben werden soll. Ziel des Modells ist es, interessierten Städten, Gemeinden und Kreisen einen Ansprechpartner aus einem bereits etablierten Service-Center zur Verfügung zu stellen. Damit sollen die noch nicht angeschlossenen Kommunen für den Servicestandard gewonnen werden können.

Somit stehen der Stadt Kamen eine Fülle von Möglichkeiten zur Verfügung, unsere Bürgerinnen und Bürger an die „D115“ anzuschließen. Wir sehen darin eine große Chance, diesen inzwischen multikanalfähigen Service unseren Bürgerinnen und Bürgern anzubieten und somit auch zur Verwaltungsvereinfachung beitragen zu können.

Mit freundlichem Gruß

Ina Scharrenbach MdL
Fraktionsvorsitzende